1. **ver.di zum Mindestlohn, zum Urteil des Bundesarbeitsgerichts zu Streiks für einen Sozialtarifvertrag, zum Drei-Stufen-Plan des DGB zur Pflegeversicherung, zur Situation bei der Deutschen Telekom**
   Quelle: ver.di News
2. **Der Aufschwung geht an vielen vorbei – Immer mehr arme Beschäftigte**
   40 Prozent der zusätzlichen Arbeitsplätze sind Teilzeit- und Mini-Jobs. Folge: Immer mehr Arbeitnehmer benötigen einen "Aufstockungsbetrag" aus der Hartz-IV-Kasse, um mit ihrem Familieneinkommen über die Grenze des Existenzminimums zu gelangen. Diese Leistungsempfängerzahl habe sich im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt. Zuletzt verdienten 602 000 Frauen und Männer so wenig, dass sie einen solchen Anspruch hatten.
   Quelle: FR
3. **Kaum weiterer Rückgang der saisonal bereinigten Arbeitslosenzahl im April, Stagnation im Aufbau versicherungspflichtiger Beschäftigung**
   Angesichts des im Vergleich zum Vormonat schwachen Rückgangs der saisonalen Arbeitslosigkeit, der Stagnation der versicherungspflichtigen Stellen und der im internationalen Vergleich nach Griechenland höchsten Rate an Langzeitarbeitslosen sowie dieser vielen Ungereimtheiten, ist kaum noch nachvollziehbar, wie die Medien immer wieder auf die von der Bundesregierung verbreiteten weit übertriebenen Erfolgsmeldungen hereinfallen und alles nachplappern, was da vorgegeben wird. Niemand macht sich die Mühe, hinter die Kulissen zu blicken. Was hier als Erfolg verkauft wird, sind zu einem großen Teil statistische Manipulationen und prekäre, d.h. zeitlich befristete und/oder gering bezahlte Jobs.
   Quelle: Informationsportal Globalisierung
4. **Deutsche verweigern sich beim Pkw-Kauf**
   Die Kraftfahrzeugnachfrage in Deutschland kommt nicht in Fahrt – die Hersteller leben unverändert vom Export. Der Verband der Automobilindustrie (VDA) setzt seine Hoffnungen nun auf sinkende Arbeitslosenzahlen.
   Quelle: FTD

   Anmerkung: *Autos kaufen eben keine Autos.*

5. **Telekom: Statt Auslagerungen und Lohnsenkungen Abkehr von der Fixierung auf den Kapitalmarkt**
   Die schlechte Gesundheit der Telekom resultiert aus fehlerhaft liberalisierten Telekommunikationsmärkten und einer blinden Kapitalmarktorientierung des Managements, meint Dierk Hirschel, der DGB-Chefökonom.
   Würde sich die öffentliche Hand als strategischer Investor verhalten, könnte das

Management auch nicht mehr die Drohkulisse einer feindlichen Übernahme aufbauen. Darüber hinaus würden weniger ordnungspolitischer Dogmatismus in der Regulierungspolitik und ein branchenspezifischer Mindestlohn dem ruinösen Preiskampf im Telekommunikationssektor endlich die Spitze nehmen.
Quelle: FTD

6. **Polnische Beschäftigte in der deutschen Fleischwirtschaft rebellieren gegen Bezahlung und Arbeitsbedingungen**
   Bei einer Überprüfung von Fleischverarbeitungsbetrieben wurden in jedem vierten Unternehmen Unregelmäßigkeiten wie Scheinselbständigkeit, illegale Arbeitnehmerüberlassung oder Lohnrückstände festgestellt, verlautete gestern aus dem Bundesfinanzministerium. Um gegen Lohndumping vorzugehen, bräuchte die Branche flächendeckende Tarifabschlüsse oder einen gesetzlichen Mindestlohn, forderte der parlamentarische Arbeitsstaatssekretär Gerd Andres (SPD).
   Quelle: taz
7. **Thomas Fricke: Ursachen des Aufschwungs – Professor Sinn war`s**
   Seit ein paar Wochen suchen wir an dieser Stelle nach den wahren Ursachen des weitgehend unvorhergesehenen Aufschwungs. Jetzt ist der Auslöser gefunden: Es war Ifo-Chef Hans-Werner Sinn.
   Quelle: FTD
8. **Kürzere Leistungen bei Unfallversicherung geplant**
   Einige Leistungen der Unfallversicherung sollen ab 2009 gekürzt werden. So sollen Erwerbsminderungsrenten nicht mehr lebenslang, sondern nur noch bis zum Rentenalter gezahlt werden.
   Quelle: Wirtschaftswoche

   Anmerkung: *Die Logik scheint wohl zu sein, wer Rentner ist, ist wohl auch nicht mehr erwerbsgemindert. Und natürlich muss zur Begründung für diese „Reform" einmal mehr der demografische Wandel herhalten.*

9. **Gehaltspoker an Hochschulen**
   Mit Einführung der W-Besoldung, die sowohl Zulagen bei der Berufung als auch für besondere Leistungen ermöglicht, sollen die Hochschulen sich beim Werben um Wissenschaftler endlich besser gegen andere in- und ausländische Unis sowie gegen die Industrie behaupten können. Allerdings: Noch immer werden rund 90 Prozent aller Professoren nach dem alten System (C-Besoldung) bezahlt. Von denen rutscht nur ins flexible, neue System, wer die Uni wechselt. Viele C-Professoren scheuen aber einen Wechsel, weil sie den finanziell klammen Hochschulen nicht zutrauen, Leistungszulagen langfristig zahlen zu können. Denn ohne Zulage fällt das

Grundgehalt im neuen W-System bis zu 1400 Euro niedriger aus.
Quelle: FTD

Anmerkung: *Was in der Begeisterung für die leistungsorientierte Professorenbesoldung vergessen wurde, ist, dass die Bezahlung der Professoren insgesamt ein Null-Summen-Spiel ist. Was man dem einen gibt, muss man den anderen nehmen oder man lässt Stellen auslaufen und verkürzt damit das Lehrangebot. Der beamtete Professor gehört zwar zu den höchsten Besoldungsstufen des Öffentlichen Dienstes, aber die Gehälter sind halt in den vergangenen Jahren vor allem gemessen an der Wirtschaft zurückgefallen und das kann auch durch Leistungszulagen nicht kompensiert werden. Im Ergebnis führt, dass dazu, dass wie in den USA die Hochschullehrer in nicht so marktfähigen Fächern, also vor allem in den Geisteswissenschaften gegenüber Ingenieuren oder Ökonomen zurückfallen. Das Messen an den Spitzengehältern der amerikanischen Hochschulen ist irreführend, dabei vergisst man, dass viele Wissenschaftler in den USA aber auch in England einen Hungerlohn beziehen und teilweise sogar nur während der Semester einen Arbeitsvertrag haben. Übersehen wird auch, dass amerikanische Profs in der Regel selbst für ihre Altersversorgung sorgen müssen. Wenn man die Pensionsansprüche berücksichtigt schmilzt mancher Spitzenverdienst schnell dahin.*
Die Idee einen aus der Wirtschaft gespeisten Fonds aufzulegen, kann nur zu einem Verlust an Unabhängigkeit und Freiheit von Forschung und Lehre führen, denn auch hier gilt: wer zahlt, schafft an.
Zudem gibt es noch nirgendwo ein brauchbares Instrumentarium, wie die „Leistung" von Professoren gemessen werden soll, also drängt alles nach einem – bisher an den Hochschulen nicht bekannten – Anciennitätsprinzip zumindest aber nach ruhegehaltsfähigen Dauerzulagen. Eine bessere Leistungsauswahl und damit eine leistungsorientierte Besoldung als die Berufung an eine andere Hochschule, die die Heimathochschule durch Bleibeverhandlungen abwehren kann, sind noch nicht gefunden.

10. **Wenn ein Studium zur Schuldenfalle wird. Schon den Einstieg ins Studium schaffen viele nicht ohne Kredit.**
Rund 23.000 Studierende haben bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen Kredit aufgenommen, um ihr Studium finanzieren zu können. Diese von der staatlichen Bank jetzt veröffentlichte Zahl betrachtet die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Nele Hirsch,als "Armutszeugnis für die Bildungspolitik der großen Koalition".
Quelle: Linkszeitung

11. **Venezuela, kein Hinterhof der USA mehr sein**
    Die gesamtamerikanische Freihandelszone, auf die Washington drang, ist längst gescheitert, aber die Alternative, die Chávez dazu anbot, gewinnt Kontur: Eine Art gemeinsamer Markt für Länder, die sich einer wie auch immer definierten Art des Sozialismus verpflichtet fühlen. Das Problem dieser "bolivarianischen" Alternative sind die Partner, ihre eklatante Ungleichheit und mittelfristig wohl auch ihre Instabilität. Die Kehrseite: Venezuela hat die höchste Inflation des Kontinents. Und zunehmend herrscht Chávez autokratisch.
    Quelle: FR